



Fabian Georgi / John Kannankulam

DAS STAATSPROJEKT EUROPA IN DER KRISE

Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen*

Vorspann:

Die Krise der EU spitzt sich Ende 2012 wieder zu, und es ist kein Ende abzusehen. Es gibt viele gute Vorschläge von links, wie die Krise nachhaltig und gerecht gelöst werden könnte. Es mangelt also nicht an Ideen und Projekten. Warum wird dann nicht gehandelt? Einen Beitrag zum Verständnis des Krisenmanagements soll der Beitrag „Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen“ von Fabian Georgi und John Kannankulam leisten. Die Autoren schlagen hierbei die Brücke zwischen sozialwissenschaftlicher Analyse und politischer Mobilisierung. Dieser Text ermöglicht zum Einen den unmittelbaren Einstieg in das Verständnis der Krisenpolitik der deutschen Elite. Für wen wird diese Politik eigentlich gemacht, mit welchen Mitteln, welche Interessen stehen dahinter, welche „Lesarten“ der Krise herrschen hier vor? Die Leser werden handlungsfähig, da Anknüpfungspunkte für konkretes Handeln sichtbar werden. Zum anderen erhalten die Leser aber auch einen Einblick in die materialistisch orientierte Sozialwissenschaft.

Abstract:

The EU crisis escalates to the end of 2012 again, and no end is in sight. There are many good suggestions from the left, as how the crisis could be resolved in a sustainable and just way. There is no lack of ideas and projects. So where does the lack of action come from? The article “The State Project Europe in crisis - The EU between authoritarian hardening and left alternatives” by Fabian Georgi and John Kannankulam contributes to the understanding of crisis management. The authors combine a profound analysis with political mobilization. This text allows for a direct entry into the understanding of the actions of the German elite. Secondly, the reader will also get insights into the materialistically oriented social theory.

* Teile dieses Textes, v.a. die theoretischen Ausführungen in Abschnitt 2, sind in gekürzter und überarbeiteter Form übernommen aus Buckel/Georgi/Kannankulam/Wissel 2012. Für Kommentare und Kritiken zu diesem Text danken wir Sonja Buckel, Jens Wissel und Roland Kulke.

1 EINLEITUNG

Im September 2008 brach mit der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers die vierte tiefe Strukturkrise des modernen Kapitalismus aus. Ähnlich wie in den großen Krisen von 1873-96, 1929-39 und 1971-81 scheint eine spezifische Kombination aus Akkumulationsregime und Regulationsweise an ihre Schranken zu stoßen (McNally 2011: 61ff.; Duménil/Lévy 2011: 2ff). Dieses mal ist es der „neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus“ (IfG 2011: 2), der seinen eigenen Widersprüchen zum Opfer zu fallen scheint. Der Ausbruch der Krise als Finanzkrise verdeckt ihre strukturellen Ursachen. Diese lagen nicht im Finanzsektor, sondern in langfristigen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung und in den Schranken des finanz- und schuldengetriebenen Wachstums der vergangenen Jahrzehnte.¹ Ob die gegenwärtige Krise den Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime und einer neuen Regulationsweise markiert, ist umstritten. Sicher ist: Alle Versuche die ökonomische Krise im Rahmen der alten Regulationsweise zu lösen, blieben bislang erfolglos (vgl. Demirović/Sablowski 2012). Gleiches gilt für die politische Krise der Europäischen Union. Ihre wettbewerbsstaatliche Integrationsweise (Ziltener 1999: 135) gerät an ihre Grenzen.

Nachdem die betroffenen Staaten ab Herbst 2008 in Europa, Nordamerika und Asien mit „hoher Krisenkunst“ (IfG 2011: 2), mit Bankrettungen und Konjunkturprogrammen, eine weitere Eskalation verhinderten, trat die Krise in Europa ab Ende 2009 in eine neue Phase ein: Die durch die Banken-bail-outs und ‚Stimulus-Pakete‘ rasant gewachsenen Staatsschulden lösten auf den Finanzmärkten die Sorge aus, dass mehrere Euro-Staaten ihre Schulden nicht zurückzahlen würden. Die Zinsen für neue Staatsanleihen stiegen und als sich Griechenland im Frühjahr 2010 nicht mehr am Finanzmarkt finanzieren konnte, stellte die griechische Regierung Ende April 2010 als erster Euro-Staat einen Antrag auf Finanzhilfen aus dem ‚EU-Rettungsschirm‘, es folgten Irland (November 2010) und Portugal (Mai 2011). Seitdem, seit Frühjahr 2010, fokussiert die

europäische Politik auf die Lösung dieser Staatsschuldenkrise. Ein Krisengipfel folgt auf den nächsten, ein Rettungspaket ersetzt das andere.

Gerettet werden jene Banken und Investoren, die durch Staatsbankrotte der überschuldeten Länder gefährdet wären. Als Bedingung für die Rettung ihrer Kreditgeber werden Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und weitere Staaten gezwungen, Strukturanpassungsprogramme und Austeritätspolitik umzusetzen, und die daraus resultierende Rezession in Kauf zu nehmen. Primär vorangetrieben wird diese Politik durch die deutsche Regierung und ihre autoritär-neoliberalen Verbündeten in anderen Exportländern, in der EU-Kommission, in der EZB und im IWF. Immer wieder kam es zu Situationen, in denen eine unkontrollierte Eskalation der Krise, ein Auseinanderbrechen der Eurozone, unmittelbar bevor zu stehen schien, etwa als die griechische Regierung mit ihren Sparpaketen zu scheitern drohte (Juni 2011, Februar 2012) oder als ein Wahlsieg der griechischen Koalition der radikalen Linken (Syriza) bevor zu stehen schien (Juni 2012). Doch bislang (Anfang September 2012) konnte die Strategie des Muddling-Through, kombiniert aus harter, von den Märkten geforderter Austeritätspolitik und im Notfall unorthodoxer expansiver Geldpolitik, den Austritt Griechenlands aus dem Euro und eine entsprechende Kettenreaktion, verhindern.

Ökonomische Strukturkrise und Eurokrise bilden den Hintergrund für eine tiefe politische Krise der Europäischen Union. Die Existenz des Euros ist massiv gefährdet, und damit die Fortdauer der EU in ihrer derzeitigen Form. Die EU steht vor einem Scheideweg zwischen Zerfall und unterschiedlichen Modellen einer vertieften Integration. Die weitere Entwicklung wird bestimmt von der ökonomischen Krisendynamik und von den mit ihr eng verbundenen gesellschaftlichen und politischen Macht- und Hegemoniekämpfen, die in der Krise ausgefochten werden. Der Elitenkonsens, der die europäische Integration in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben hat, scheint zu zerbrechen und die Akteure der neoliberalen Akteurskonstellation sind in sich heftig zerstritten. In ihrer Schärfe und Dramatik ist die Situation in der Geschichte der EU einmalig. Doch häufig haben mit Wirt-

1 Zur Diskussion verschiedener kritischer und marxistischer Perspektiven auf die Ursachen der Krise vgl. Choonara 2009; Roberts 2010; Sablowski 2011.

schaftskrisen verbundene politische Krisen der EU bzw. der EG die Form von „Durchsetzungskrisen“ (Bieling 2009: 45) angenommen und zu einer vertieften Integration geführt. Ob dies auch diesmal funktioniert, ist ungewiss. Ebenso unklar ist, wie eine vertiefte Integration aussehen könnte: Wird die unmittelbare Staatsschuldenkrise durch eine autoritär-neoliberale Integration gelöst, welche auf dem Rücken breiter Bevölkerungsmehrheiten das Vertrauen der Finanzmärkte wieder herstellt und dies durch Entdemokratisierung und autoritäre Repression durchsetzt? Oder gelingt es den sozialen Bewegungen aus dem Modus (teils erfolgreicher) Abwehrkämpfe herauszukommen? Gelingt es vielleicht sogar, die Krisensituation zu nutzen, und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ausreichend zu verschieben, um den Weg in ein sozial-ökologisches und radikal demokratisiertes Europa zu bahnen? Oder kommt es zu einer unkontrollierten Eskalation der Krise, einem Zerbrechen des Euro samt schwerer Rezession und einer Renationalisierung Europas – samt der Gefahr einer autoritären und faschistischen Bearbeitung der Zerfallsprozesse?

Materialistische (Staats-)Theorie steht vor der Herausforderung, diese Konflikte zu analysieren. Um emanzipatorische Veränderungen zu unterstützen, hat kritische Forschung die Aufgabe, verständlich zu machen, welche unterschiedlichen Kräfte/Strömungen/Projekte in der Krise miteinander ringen. Mit Gramsci geht es uns in diesem Artikel darum, die handelnden Kräfte einer bestimmten historischen Epoche zu analysieren und ihr Verhältnis untereinander zu bestimmen (Gramsci 1991 ff.: Bd. 3, H. 4, § 38). Die von uns im Folgenden dargestellte Analyse der Konfliktkonstellation in der Eurokrise basiert auf der Annahme, dass die Krise des Europäisierungsprozess sich weder aus seiner institutionellen Eigenlogik der EU hinreichend erklären lässt noch aus der europäischen Multiskalarität. Vielmehr sind es unserem Verständnis nach die dahinterstehenden gesellschaftlichen Konflikte und Antagonismen, die diese Institutionalisierungsprozesse prägen. Die gesellschaftlichen Konflikte stellen das Ferment dar, aus dem heraus sich – in Krisenprozessen mit einer besonderen Dynamik – die spezifische apparative Struktur des postfordistischen Staatsapparate-Ensembles in Europa als „materielle Verdichtung von gesellschaftlichen

Kräfteverhältnissen“ (Poulantzas 2002: 154 ff.) herausbildet.

Wir schlagen vor, die politische Konstellation in der Krise mit zwei Begriffen zu analysieren, die wir im Rahmen eines DFG-Forschungsprojektes zum ‚Staatsprojekt Europa‘ im Wechsel von induktiver empirischer Forschung und einer (Re-)Lektüre neogramscianischer und anderer staatstheoretischer Texte (weiter-)entwickelt haben (Staatsprojekt, Hegemonieprojekte).² Im folgenden Abschnitt (2) werden wir diese und andere Begriffe genauer erläutern und illustrieren. Darauf aufbauend skizzieren wir (3) die Konfliktkonstellationen von Hegemonieprojekten, wie sie sich in der Eurokrise darstellen und formulieren (4) eine Reihe von Thesen zur Dynamik der zwischen ihnen ablaufenden Konflikte, bevor wir (5) mit politisch-strategischen Überlegungen zu linken Alternativen schließen.

2 THEORETISCHE PRÄMISSEN

2.1 Staatsprojekt Europa

Wir verstehen den Staat und seine Apparate nicht als in sich geschlossene einheitlich handelnde Akteure, sondern als soziale Felder. Das heißt, im Staat verdichten und materialisieren sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse.³ Die einzelnen Staatsapparate werden zu Stützpunkten gegensätzlicher, antagonistischer sozialer Kräfte, so dass ein heterogenes, in sich widersprüchliches Ensemble von Staatsapparaten entsteht. Wegen dieser Widersprüchlichkeit sind Zusammenhalt und Funktionalität der komplexen Ensembles staatlicher Institutionen nie garantiert. Staatsapparateensemble können so fragmentiert und in sich zerstritten sein, dass sie als Regulatoren gesellschaftlicher und ökonomischer Reproduktion ausfallen oder dysfunktional werden. Um die Funktionalität der häufig gegeneinanderstehenden staatlichen Apparate für die kapitalistische Reproduktion zu erhalten, ist es notwendig, eine gemeinsame Ausrichtung der Staatsapparate immer wieder neu herzustellen. Dies wird durch sogenannte ‚Staatsprojekte‘ ge-

2 Siehe: www.staatsprojekt-europa.eu.

3 Zum Begriff der Kräfteverhältnisse siehe Wis- sel 2010.

leistet. Staatsprojekte zielen darauf, die kontingente und nie sichergestellte Kohärenz und Stabilität innerhalb des staatsapparativen Gefüges zu reproduzieren (Jessop 1990: 219; vgl. Poulantzas 2002: 168f.; Kannankulam 2008: 74ff.). In den Worten von Neill Brenner:

State projects aim to provide state institutions with some measure of functional unity, operational coordination and organizational coherence. When successful, state projects generate 'state effects' which endow the state apparatus with an image of unity, functional coherence and organizational integration (Brenner 2003: 201).

Die fordistischen Nationalstaaten in Europa sind Beispiele für Staatsapparateensembles, die einen historisch hohen Grad an Stabilität und Kohärenz aufwiesen. Beispielsweise bestand ein breiter Konsens darüber, dass sich das strategische Handeln der verschiedenen Apparate zumindest grob am Modell des keynesianisch geprägten, industriebasierten nationalen Wohlfahrtsstaates ausrichten sollte. Zudem bestand eine relativ große Einigkeit, welche politischen Fragen auf welchem Ebene bzw. welchem ‚Scale‘ reguliert werden sollten. In der BRD etwa war relativ klar, welche Entscheidungen auf kommunaler Ebene, in den Bundesländern oder national, auf Bundesebene, getroffen werden sollten. Der weitgehende Konsens über diese ‚Terrains der Auseinandersetzung‘ und die Ebenen für die Regulation bestimmter politischer Fragen war das Ergebnis erfolgreicher national-fordistischer Staatsprojekte.

Die Europäische Union kann als ein neues ‚Staatsprojekt Europa‘ verstanden werden. Das Staatsprojekt Europa zielt darauf, eine neue, stabile Konfiguration von kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen (und internationalen) Institutionen und Staatsapparaten herzustellen; es zielt auf eine neues europäisches Staatsapparateensemble, das kohärent ist und eine gemeinsame Ausrichtung besitzt. Genauer gesagt kann die EU als ein „state spatial project“ (Brenner 2003: 203; Brenner 2004: 84; siehe auch Wissen 2008; Jessop 2008: 198 ff., Wolff 2010) bezeichnet werden, weil die EU als Staatsprojekt vor allem auf die spatiale, also räumliche Rekonfiguration der Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen abzielt. Im Rahmen der EU als state spatial project bilden sich neue

Hierarchien heraus zwischen den unterschiedlichen Staatsapparaten und Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene. Anders gesagt: Die einzelnen Nationalstaaten und die EU konstituieren zusammen eine neue skalare Struktur.

Im Vergleich zum fordistischen Nationalstaat sind Kohärenz und gemeinsame Ausrichtung der Institutionen des heute existierenden europäischen Staatsapparateensemble viel geringer. Das europäische Staatsapparateensemble ist stärker fragmentiert, widersprüchlicher, instabiler. Die innere Kohärenz der europäischen Konstellation ist deshalb nicht mit der eines Nationalstaates vergleichbar, weil es keinen hegemonialen Konsens über die Terrains der Auseinandersetzungen gibt. Es besteht also keine Einigkeit darüber, auf welcher Ebene welche politischen Fragen reguliert und entschieden werden sollten. Dies ist in der gegenwärtigen Krise deutlich zu beobachten. Das europäische Staatsprojekt, das sich im Rahmen der „Internationalisierung des Staates“ (Hirsch 1995; vgl. Brand 2009) herausbildete, konkurriert mit den weiterhin existierenden nationalen Staatsprojekten. Verhältnis und Stellung der einzelnen europäischen und nationalen Apparate zueinander sind flexibel und umkämpft. Sie sind Ergebnis eines permanenten Aushandlungsprozesses. Die Europäische Union und die nationalen und europäischen Staatsapparate sind von gesellschaftlichen Widersprüchen durchzogen, die sich u.a. in der Konkurrenz unterschiedlicher räumlicher Bezugsebenen ausdrücken (vgl. Wolff 2012).⁴ Auf diese Weise ist ein heterogenes Ensemble von nationalen und europäischen Staatsapparaten beziehungsweise Quasi-Staatsapparaten und Institutionen entstanden, dessen Kohärenz bisher durch das sich mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise seit Mitte der 1980er Jahre entwickelnde, europäische Staatsprojekt

4 Der Europäische Ministerrat, der für das intergouvernementale Element der EU steht, wacht beispielsweise darüber, dass die Kommission als supranationales Element nicht zu mächtig wird. Ein Ergebnis dieser Konstellation sind die europäischen Agenturen, die formal nicht klar in die institutionelle Struktur der EU eingeordnet sind, weil der Rat nicht will, dass mit der Kommission eine Superbehörde entsteht. Effekt ist, dass die Agenturen keine formal übergeordnete Institution haben, die sie kontrollieren könnte (vgl. Tömmel 2008: 159).

hergestellt wurde. Bereits in den 1990er Jahren, im Kontext der Vertragsänderungen von Maastricht und Amsterdam, geriet diese Konstellation in die Krise. In der gegenwärtigen Situation spitzt sich diese Instabilität zu. Das europäische Staatsprojekt steht zur Disposition. Ein Zerfall der EU ist eine reale Möglichkeit. Eine Renationalisierung Europas ist nicht auszuschließen.

In der EU sind die Ebenen, auf denen politische Projekte durchgesetzt werden, flexibler als im Nationalstaat. Die Protagonist_innen solcher Konflikte wechseln zwischen den unterschiedlichen regionalen, nationalen oder europäischen Foren (forum-shifting) und sie ‚springen‘ zwischen verschiedenen politischen Handlungsebenen (scale-jumping). Es werden unterschiedliche skalare Strategien verfolgt. Dies hat mindestens zwei Effekte: Erstens entstehen durch die oben angedeutete, flexible Rekonfiguration von nationalen und europäischen Staatsapparaten im Rahmen der EU spezifische neue Machttechnologien. Zu diesen Machttechnologien gehören etwa der Einsatz intransparenter Expert_innengruppen, bestückt mit Lobbyist_innen (Eberhard 2012), die Erweiterung informeller Politikformen und damit die Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren (Poulantzas 2002: 87; Kannankulam 2008; für Europa siehe Schwenken 2006: 137; Sauer 2001; Neyer 2005, 381; siehe auch Héritier 1999). Informalisierung und Distanzierung von Entscheidungsprozessen verstärken die strukturelle Selektivität im europäischen Staatsapparateensemble zuungunsten der Subalternen. Dies ist ein Grund für die fragile Legitimität der EU. Ein zweiter Effekt besteht darin, dass politische Konjunkturen und taktisches Kalkül darüber entscheiden, auf welcher Ebene und in welchem institutionellen Kontext Entscheidungen forciert werden. Auch deshalb kann in Europa kein klarer Konsens darüber erzielt werden, auf welchen Terrains Auseinandersetzung zu führen sind (vgl. Wissel 2011). Die Krise hat zudem offengelegt, wie schwach die Autonomie der Europäischen Union gegenüber den großen Nationalstaaten ist. Die Institutionen der EU sind auf deren Kooperation unbedingt angewiesen.⁵

5 Viele Beispiele belegen, dass gegen die großen Nationalstaaten keine Entscheidungen getroffen werden können. Deutlich zeigte sich dies z. B. als Frankreich

Der europäische Integrationsprozess setzte sich von Beginn an als Projekt unterschiedlicher europäischer Eliten durch (Ziltener 1999: 84 ff.). Mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise seit Mitte der 1980er Jahre wurde die EG (EU) zu einem wichtigen Stützpunkt einer europäisierten und in Ansätzen transnationalisierten Klassenfraktion (Wissel 2007: 119 ff.) im Rahmen eines globalen neoliberalen Konstitutionalismus (Gill 1998). Dies äußert sich in der Organisierung des europäischen neoliberalen Hegemonieprojekts, für das europäische und transnationale Institutionen und Organisationen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen weitverzweigte Institutionen auf europäischer Ebene (EuGH, Europäische Kommission, unzählige europäische Agenturen) und auf globaler Ebene (WTO, IWF, UNO, NATO), sowie ein Netz transnationaler Interessensorganisationen in Form von Think Tanks, Verlagen, Lobbyfirmen etc. (vgl. Bieling 2003: 48 ff.; Walpen 2004; van Apeldoorn 2000; Jessop 2008: 216 f.).

Trotz Bemühungen insbesondere der Europäischen Kommission ist keine ausgeprägte europäische Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis entstanden. Damit fehlt der EU ein entscheidendes Terrain, auf dem (asymmetrische) Kompromisse mit den Subalternen erzielt werden könnten. Subalterne Interessen kommen in der EU oft nur vermittelt über die nationalen Staatsapparate zum Tragen. Zwar können die dominanten gesellschaftlichen Kräfte, wenn sich die großen Nationalstaaten einig sind, leichter Entscheidungen herbeiführen, die im nationalen Rahmen auf Widerstand stießen, gleichzeitig kommt es aber auf der europäischen Ebene nicht zu einer auf zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen gestützten, hegemonialen Verankerung von Macht. Deshalb fehlen der EU jene Strukturen, die vor den katastrophischen Einbrüchen der Ökonomie Schutz bieten könnten (Gramsci 1991 ff., Band 7, §24: 1589). Ökonomische Krisen werden schnell zu politischen Krisen.

Zudem sind die Institutionen der EU anfällig für das Lobbying mächtiger privater Akteure. Gerade die EU-Kommission ist besonders abhängig von ihnen: Mit ca. 23.000 fest angestellten Beamten_innen

und Deutschland, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen, die Defizitkriterien der Währungsunion nicht erfüllten.

ist die Bürokratie der Kommission, beispielsweise weniger als ein Viertel so groß wie der Öffentliche Dienst der Stadt Berlin (ca. 115.000).⁶ Um trotzdem ihren komplexen Aufgaben nachzugehen, ist die EU-Bürokratie auf die willige Zuarbeit in Form von Expertise, Gesetzesentwürfen und Vorschlägen von Verbänden und Lobby-Netzwerken angewiesen, die zu überwiegender Teil aus Kapital-Vertreter_innen bestehen (vgl. Eberhard 2012). Zudem schafft sich die Europäische Kommission durch die Organisation und Einbindung von Lobby-Akteuren zumindest ansatzweise eine (höchst selektive) zivilgesellschaftliche Verankerung. Dies zeigt die Geschichte des European Round Table of Industrialists (vgl. van Apeldoorn 2000; Altvater 2007: 125 f.).

2.2 Der Begriff der ‚Hegemonieprojekte‘

Das methodisch-theoretische Problem für eine staats- und gesellschaftstheoretisch begründete Krisenanalyse besteht nun darin, zu klären, wie sich die in der Eurokrise miteinander ringenden Akteurs- und Kräftekonstellationen analytisch unterscheiden lassen. Unser Vorschlag ist, die tendenziell unendliche Anzahl der Strategien, Taktiken und Praktiken von miteinander konfligierenden Akteur_innen und Interessen heuristisch entlang breiter gesellschaftlicher Projekte zu bündeln, die wir als ‚Hegemonieprojekte‘ bezeichnen.⁷ Der Begriff der Hegemonieprojekte hat folgende Elemente: Tatsächlich hegemoniale Projekte sind von jenen

6 Vgl. European Commission, http://ec.europa.eu/about/index_en.htm; Tagesspiegel v. 12.6.2011, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/oeffentliches-personal-berliner-verwaltung-kopflastig-und-ueberaltert/4278268.html>

7 Mit diesem Ansatz bauen wir auf Arbeiten der neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie auf, die Gramscis staatstheoretische Argumentation für eine kritische Analyse gegenwärtiger Transnationalisierungsprozesse weiterentwickelt haben. Insbesondere stützen wir uns auf Arbeiten von Bastian van Apeldoorn (2000, 2002), Hans-Jürgen Bieling und Bob Jessop (1990). Ausführlicher hierzu vgl. Buckel (2011), Kannankulam/Georgi (2012: 10ff.), Buckel/Georgi/Kannankulam/Wissel (2012: 17ff.), sowie grundlegend: Cox (1981), Bieling/Deppe (1996) und Opratko/Prausmüller (2011).

gesellschaftlichen Projekten zu unterscheiden, welche zwar eine Hegemonie anstreben, diese jedoch (noch) nicht erreicht haben. Nicht jedes Projekt, das versucht, die Partikularinteressen seiner führenden Fraktionen zu verallgemeinern, wird hegemonial. Unserem Verständnis nach ringen im integralen Staat (verstanden als Einheit von ‚Zivilgesellschaft‘ und den Apparaten des ‚politischen Staats‘ im engeren Sinn) verschiedene Hegemonieprojekte darum, zu hegemonialen Projekten zu werden. Hegemonieprojekte sind zu verstehen als zumeist unbewusste und indirekte Verknüpfungen beziehungsweise Verdichtungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte⁸ oder breitere gesellschaftliche Problemlagen richten. Die darin beteiligten Akteur_innen versuchen, ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse zu machen und so hegemonial zu werden. Im Unterschied zu einem hegemonialen Projekt haben Hegemonieprojekte diesen Status der Verallgemeinerung (noch) nicht erreicht, streben ihn aber im Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an. Ohne dass es eine zentrale Koordination gäbe, gehen in die Hegemonieprojekte sowohl die Strategien und Taktiken (zivil-)gesellschaftlicher Akteur_innen im weiteren Sinne ein, als auch die Strategien politisch-institutioneller Akteur_innen innerhalb der Staatsapparate im engeren Sinne.

Hegemonieprojekte sind analytisch entwickelte Abstraktionen und gerade keine bewussten, zentral organisierten Bündnisse. Der Begriff der Hegemonieprojekte zielt mithin darauf, vor dem Hintergrund einer historisch-materialistischen Kontextualisierung die durch grundlegende ‚soziale Formen‘ (Hirsch 1994) bestimmte und durch die rekursive Handlungsmacht der Akteur_innen hervorgebrachte Aggregation von sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien in einer analytischen Kategorie fassbar zu machen.

8 Unter ‚politischen Projekten‘ verstehen wir in Anlehnung an Bieling/Steinhilber konkrete politische Vorhaben und Initiativen, „die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen“ (Bieling/Steinhilber 2000: 106; vgl. ausführlicher Kannankulam/Georgi 2012: 24f.).

Eine besondere Rolle bei dieser Aggregation spielen organische Intellektuelle. Diskursiv verknüpfen sie Teilelemente eines Projekts und rationalisieren seine Ziele, Interessen und Kompromisse in ‚politischen Erzählungen‘. Erst wenn es einem Hegemonieprojekt durch Verknüpfungen und Kompromisse gelingt, ihm nicht zugehörige gesellschaftliche Kräfte in einen kohärenten Zusammenhang zu bringen, der bezogen sein muss auf zentrale Akkumulationsstrategien⁹ und das herrschende Akkumulationsregime – als historisch spezifische Verbindung von Produktions- und Reproduktionsweisen (Kohlmorgen 2004: 39) – erst dann kann es zu einem hegemonialen Projekt werden. Um diesen Status zu erreichen, muss es einem Hegemonieprojekt gelingen, eine Reihe von konkreten und begrenzten politischen Projekten derart in Stellung zu bringen, dass diese zum politisch-strategischen ‚Terrain‘ werden, auf dem sich erst ein hegemoniales Projekt verdichten kann.

Wir arbeiten mit einem erweiterten Kräfteverhältnisbegriff. Kapitalistische Gesellschaften sind nicht lediglich durch Warenproduktion, Mehrwertaneignung und Klassenkämpfe gekennzeichnet. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist eine zwischen Klassen, dem globalen Süden und Norden, sowie zwischen vergeschlechtlichten und rassialisierten Subjekten (Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2011: 196). In Hegemonieprojekten verdichten sich multidimensionale Strategien entlang vielfältiger Herrschaftsverhältnisse.

Entscheidend ist, dass Hegemonieprojekte und die von ihnen verfolgten konkreteren politischen Projekte nie statisch zu konzeptionalisieren sind. Sie sind immer Aggregationen von historischen Taktiken und Strategien, mit denen bestimmte gesellschaftliche Kräfte und politische Akteur_innen auf spezifische historische Situationen rekursiv (also erfahrungsinduziert) reagieren. Die Konstellationen von Hegemonieprojekten, die miteinander im Konflikt liegen, transformieren sich also im historischen Prozess. Sie verändern sich dadurch, dass Auseinandersetzungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern

9 Nach Jessop (1990: 197 ff.) zielen Akkumulationsstrategien darauf, die in Konkurrenz miteinander liegenden (Kapital-)Interessen, zumindest temporär, unter der Führung einer spezifischen Fraktion in einem spezifischen Wachstumsmodell zu einen (ebd.: 197 ff.).

voranschreiten und sich materiell in Politiken und Institutionen verdichten, sowie in dem Maße, in dem gesellschaftliche Widersprüche partiell und temporär prozessiert und auf höherer Ebene fortgeführt werden. Zudem sind die Konstellationen konfligierender Hegemonieprojekte räumlich unterschiedlich, von Politikfeld zu Politikfeld und von Land zu Land.

Wir verstehen den Begriff der Hegemonieprojekte als Schlüsselbegriff eines historisch-materialistischen Forschungsprogramms, das darauf zielt, die Einsichten neuerer Debatten materialistischer Staatstheorie für empirische Analysen konkreter Konflikte nutzbar zu machen. Solche Untersuchungen wären zu bezeichnen als historisch-materialistische Politikanalysen (vgl. Brand 2011; Buckel/Georgi/Kannankulam/Wissel 2012: 23).

2.3 Hegemonieprojekte und Europäisierung

Um den Begriff der Hegemonieprojekte zu illustrieren, stellen wir in knapper Form jene fünf Hegemonieprojekte vor, die wir im Rahmen unserer empirischen Forschung über den europäischen Integrationsprozess identifiziert haben (vgl. ebd.: 24ff.).¹⁰

10 Ein wichtiger Referenzpunkt waren für uns dabei die Arbeiten von Bastian van Apeldoorn über die Konflikte hinter der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (u.a. van Apeldoorn 2000, 2002). Deduktiv ausgehend von Interessenkonstellationen und Konflikten zwischen bestimmten Kapitalfraktionen (v.a. innerhalb des European Roundtable of Industrialists, ERT), unterscheidet Apeldoorn drei „Integrationsprojekte“, die in den 1980er und 1990er Jahren darum rangen, mit welcher Form von europäischer Integration, auf das Ende des Fordismus reagiert werden sollte: Das neoliberale Projekt zielte darauf, durch EU-vermittelte Weltmarktöffnung, Deregulierung und Privatisierung die ‚nutzenbringenden‘ Marktkräfte von den Fesseln der Regierungsintervention [...] zu befreien“ (van Apeldoorn 2000: 200). Das neo-merkantilistische Projekt zielte auf einen großen europäischen Binnenmarkt, die Etablierung von Schlüsselkonzernen als „Euro-Champions“ und größere „economies of scale“, um der Triadenkonkurrenz zu begegnen (ebd.: 200 f.). Das sozialdemokratische Projekt wollte einen „supranationalen Rahmen der sozialen Regulation“ durchsetzen, um das „europäische Sozialmodell“ zu verteidigen (ebd.: 201).

Neoliberales Hegemonieprojekt:

Die grundlegende Strategie des neoliberalen Hegemonieprojekts ist der wettbewerbsstaatliche Umbau nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und aller staatlichen Aufgaben, zentral vermittelt über die Europäische Union. Politische Leitlinien sind die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen, die Finanzialisierung der Ökonomie sowie der Abbau staatlicher Regulierungen. Im Kern geht es um die Internationalisierung von Kapital, Handel, Produktions- und Versorgungsketten und die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit im Kontext einer neokolonialen internationalen Arbeitsteilung. Die soziale Basis dieses Projekts sind die Schlüsselsektoren des globalisierten, postfordistischen Akkumulationsregimes: die „exklusiven Männerclubs“ (Young/Schubert 2010: III) der Finanzwirtschaft, der großen Transnationalen Konzerne und deren Netzwerke (vgl. van Apeldoorn 2002). Hinzu kommen privilegierte und hochqualifizierte Arbeiter_innen des globalen Nordens, Selbständige sowie Teile der Staatsbürokratie und Vermögensbesitzer_innen (Gill 1998: 12 f.).

Proeuropäisch-soziales und national-soziales Hegemonieprojekt:

Die soziale Basis des proeuropäisch-sozialen und des national-sozialen Hegemonieprojekts ist im Kern die Gleiche. Doch hinsichtlich ihrer Scale-Strategie nehmen die beiden Projekte entgegengesetzte Positionen ein. Die Grundannahme des proeuropäisch-sozialen Projekts ist, dass der Krise des Wohlfahrtsstaates im Kontext neoliberaler Globalisierungsprozesse nur durch eine Europäisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer europäischen Tarifpolitik begegnet werden kann. Die proeuropäische Strategie wird als Ausweg aus der Schwächeposition innerhalb des Nationalstaates gesehen und ein ‚soziales Europa‘ wird als Gegenbild zum neoliberalen Integrationsprozess in Stellung gebracht. Das Projekt wird getragen von Teilen der europäischen Gewerkschaften, sozialdemokratischen Parteien, den Arbeitnehmer_innenflügeln bürgerlicher Parteien und deren ‚organischen Intellektuellen‘. Die Basis bilden neben öffentlichen Angestellten auch mittelständische Unternehmen mit ihren Kernbelegschaften aus Facharbeiter_innen. Nach unserer Interpretation konkurriert die proeuropäisch-soziale Strategie um diese Basis mit einer

anderen Hegemoniestrategie, die wir als das national-soziale Hegemonieprojekt bezeichnen. Die Protagonist_innen des national-sozialen Projekts sehen in der Verteidigung bestehender nationaler Systeme die notgedrungene, realistische Strategie, um sozialpolitische Errungenschaften gegen den neoliberalen Globalisierungsdrucks zu schützen. Sie gehen davon aus, dass eine Strategie der sozialen Europäisierung kaum Erfolgsaussichten hat. Je nach Kontext verfolgen die Akteure dieser beiden Projekte teils wechselnd europäische oder nationale Strategien. Trotz ihrer überwiegend proeuropäischen Ausrichtung, sind Gewerkschaften, Sozialverbände und Bewegungen häufig gezwungen, pragmatisch auf nationaler Ebene zu agieren; die europäische Perspektiven ist in den Alltagskämpfen über Tarifabschlüsse, Gesetze und öffentliche Debatten nur schwach ausgeprägt.

National-konservatives Hegemonieprojekt:

Die Akteur_innen des national-konservativen Projekts stehen einem politisch stark vertieften europäischen Integrationsprozess skeptisch bis ablehnend gegenüber und befürworten ein ‚Europa der souveränen Nationen‘. Ihr Bezugspunkt ist die Nation, die als Selbstzweck und Eigenwert verstanden wird. Sie assoziieren Nation mit Ethnizität, gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur und bestimmten, traditionell-konservativen Werten. Der europäische Integrationsprozess wird als Bedrohung oder Ausverkauf nationaler Interessen betrachtet. Vertreten und unterstützt wird diese Position von Teilen der konservativen Parteien und ihrer traditionalistischen Wählerbasis sowie vielfach von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Hinzu kommen Teile der ‚Weißen‘ und autochthonen Arbeiter_innenklasse und der unteren Mittelschicht, die von Deklassierung bedroht oder in die ‚Unterschichten‘ abgerutscht sind.

Linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt:

Das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt ist der Träger eines politischen Liberalismus, der soziale Toleranz mit Menschen- und Bürger_innenrechten, mit Minderheitenrechten und sozialem Ausgleich verbinden will. Hier verdichten sich die Strategien von zivilgesellschaftlichen Kräften, die nicht primär an ökonomischen Fragen im engeren Sinne ansetzen, sondern an Fragen von Demo-

kratie, Geschlechterverhältnissen, Ökologie oder Antirassismus. Die soziale Basis sind die ‚grünen‘ Schichten: postmaterielle, postnationale urbane Hochgebildete, sowohl gebildete Prekarisierte als auch etablierte bildungs- und linksbürgerliche Schichten. Seine Akteur_innen vertreten eine proeuropäische Strategie, welche die EU als Konstellation postnationaler Bürger_innenschaft ansieht und versucht über europäische Richtlinien progressive Veränderungen durchzusetzen.

3 GESELLSCHAFTLICHE KONFLIKTLINIEN IN DER EUROKRISE

Ausgehend von diesen fünf Hegemonieprojekten die über Europäisierung streiten, lassen sich in der Eurokrise v.a. Spaltungslinien innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts¹¹ ausmachen, deren jeweiligen Fraktionen gegensätzliche Bündnis Konstellationen eingehen: Innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts lässt sich erstens eine orthodox-neoliberale Fraktion im Bündnis mit national-konservativen Projekt identifizieren; zweitens eine autoritär-neoliberale Fraktion mit proeuropäischer Ausrichtung; drittens eine neoliberale Reregulierungs-Fraktion, die bereit ist, von ihr selbst mit ins Leben gerufene Liberalisierungs- und Deregulierungspolitiken teilweise rückgängig zu machen. Die folgende Darstellung reduziert die Komplexität zahlloser Einzelpositionen, um eine zumindest grobe Unterscheidung gegensätzlicher Strategien zu ermöglichen.¹²

11 Huw Macartney (2009) argumentiert, dass die Vorstellung einer einheitlichen transnationalen kapitalistischen Klasse fehlt geht und man stattdessen national unterschiedlich geprägte Klassenfraktionen unterscheiden müsse, die sich nur kontingent und temporär zu einer transnationalen kapitalistischen Strategie zusammensetzen.

12 Die hier skizzierte Konfliktkonstellation entspricht in Teilen der Analyse des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (IfG 2011: 12ff.), auch wenn wir unterschiedliche Bezeichnungen verwenden. Das IfG unterscheidet vier „gesellschaftliche Konzepte“: das Konzept des verschärften autoritären Neoliberalismus [autoritär-neoliberale Fraktion], der Neuen Rechten [national-orthodoxes Bündnis aus

3.1 Orthodox-neoliberale Fraktion im Bündnis mit dem national-konservativen Projekt

Auf dem rechten Rand des politischen Spektrums lässt sich eine Koalition aus gesellschaftlichen Kräften ausmachen, in der Strategien des national-konservativen Hegemonieprojektes mit den politischen Vorstellungen einer orthodox-monetaristischen, ordoliberalen Wirtschaftstheorie eine Verbindung eingehen. Vor allem in den ‚Kern- oder Nordstaaten‘ Deutschland, Finnland, Österreich und den Niederlanden spielen solche national-neoliberalen Strategien eine zentrale Rolle. Sie stützen sich auf die sozialen Basis des national-konservativer Hegemonieprojekte (konservative Milieus, Kleinunternehmenskraft, Teile des Mittelstands) und auf die gerade in Deutschland extensive Verankerung monetaristischer, strikt geldwertstabilitätsorientierter Diskurse in Bevölkerung, Wissenschaft und Medien.

Diese Bündnisse lehnen proeuropäische Krisenlösungen ab. Sie wenden sich gegen jede Form von Transferunion und Schulden-Vergemeinschaftung, sei es durch Eurobonds, einen gemeinsamen Schuldentilgungsfond oder weitere Rettungspakete. Ebenso abgelehnt werden Fiskalunion, oder gar ein europäisches Finanzministerium, da es die Mitgliedstaaten in ihren Souveränitätsrechten beschränke.¹³ Eurobonds kämen einer „Enteignung der deutschen Bevölkerung“ gleich, führten zu einem „Zinssozialismus“,¹⁴ und nähmen den Druck der Konsolidierung von den nationalen Haushalten, so dass die „Schuldenparty“ in Europa weitergehen könne.¹⁵ Die Krisenstaaten lebten auf Kosten des „fleißigen“ Deutschland, und erneut sollten europäische Probleme mit deutschem Geld gelöst

orthodoxen Ordoliberalen und national-konservativem Projekt], des Grünen Kapitalismus [neoliberale Reregulierungs-Fraktion] und des Green New Deal [linkseuropäisches Bündnis aus proeuropäisch-sozialem und linksliberal-alternativem Projekt].

13 So der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, taz. v. 20.09.2011, S. 2.

14 So der FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle während seiner Rede im Bundestag, taz v. 30.09.2011, S. 2.

15 Klaus-Peter Flosbach, Union-Finanzexperte, taz v. 23.08.2011, S. 7.

werden.¹⁶ Es werde Zeit, „den Geldhahn zu schließen und Krisenländer zu schmerzhaften Reformen zu zwingen“.¹⁷

Die Politik der Bankenrettungen mit Steuergeldern und der expansiven Geldpolitik der EZB verstoßen gegen Kerngedanken ordoliberaler Theorie, die Selbstregulierung der Marktwirtschaft innerhalb eines Ordnungsrahmens: Wenn Banken sich verspekulierten oder Regierungen ihre Haushalte nicht ausgeglichen führten, müssten sie die Kosten selber tragen, bis hin zum eigenen Untergang und ungeachtet sozialer Folgen.

Profiliertester Vertreter dieser Fraktion ist der Direktor des Münchner Ifo-Instituts, Hans Werner Sinn. Im Juni 2012 veröffentlichte Sinn gemeinsam mit dem Wirtschaftsstatistiker Walter Krämer einen ‚Offenen Brief der Ökonomen‘, den über 270 Ökonom_innen unterzeichneten und der diese Position pointiert zusammenfasst:

Die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas dürfen für die Absicherung dieser Schulden nicht in Haftung genommen werden, [...] Banken müssen scheitern dürfen. [...] Die Sozialisierung der Schulden löst nicht dauerhaft die aktuellen Probleme; sie führt dazu, dass unter dem Deckmantel der Solidarität einzelne Gläubigergruppen bezuschusst und volkswirtschaftlich zentrale Investitionsentscheidungen verzerrt werden. (Offener Brief der Ökonomen 2012)

Während national-konservative Akteure etwa aus der CSU und den Freien Wählern diese Positionen primär vertreten, um ‚Belastungen für Deutschland‘ zu vermeiden ohne eine Lösung für die eskalierende Schuldenkrise zu haben, gehen die ordoliberalen Kräfte davon aus, dass die Marktkräfte sich ausagieren müssen, auch wenn dies zum Bankrott von Banken und Staaten und einer schweren Rezession führt. Die sozialen Folgen halten sie für nicht relevant und die Eskalation der Krise würde die Möglichkeit oder Notwendigkeit schaffen, ei-

16 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.08.2011, S. 1, Politik.

17 Hans-Werner Sinn, Süddeutsche Zeitung v. 27.10.2011, Wirtschaft.

nen Nordeuro einzuführen oder in Deutschland zur D-Mark zurückzukehren.

3.2 Proeuropäische autoritär-neoliberale Fraktion

Im Gegensatz zum Bündnis aus orthodoxen Ordoliberalen und national-konservativen Kräften, unterstützen Akteure der proeuropäischen autoritär-neoliberalen Fraktion die Rettung des Euro um fast jeden Preis. Ihre zentrale Strategie ist eine vertiefte europäische Integration auf neoliberaler Grundlage. Die Unterstützungsbasen dieser Strategie sind die Exportindustrien Deutschlands und andere Kernländer sowie die Transnationalen Konzerne, die im European Round Table of Industrialists und Businesseurope organisiert sind.

Diese euro-neoliberale Strategie gründet sich auf eine Rationalität, welche die EU-Integration seit Jahrzehnten vorantreibt: Europäischer Binnenmarkt als Absatzmarkt und Block in der Weltkonkurrenz; gemeinsame Währung zur Ausschaltung von Währungsschwankungen und Handelsförderung; EU-vermittelte Strukturreformen. Auch in der gegenwärtigen Krise stehen diese Kapitalfraktionen und ihre politischen Unterstützer_innen hinter dem ‚europäischen Projekt‘. Um den Euro und die in Banken und Staatsanleihen und anderen Wertpapieren angelegten Vermögen zu retten, sind sie zu größerer geld-, haushalts- und währungspolitischer Flexibilität bereit als die ordoliberalen Fraktion. Vor allem unterstützen sie eine vertiefte europäische Integration auf neoliberaler Grundlage.

Durch eine Radikalisierung neoliberaler Reformen auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialstaat und eine allgemeine Deregulierung vor allem in Südeuropa sollen neue Wachstumspotenziale freigesetzt werden. Strenge Haushaltskonsolidierung soll den Schuldendienst der Staaten über Jahrzehnte absichern. Steuergelder sollen die in der Krise entstandenen privaten Verluste sozialisieren. Als autoritär ist diese Fraktion zu bezeichnen, weil sie über Instrumente wie den Euro-Plus-Pakt, die EU-Richtlinien zur ‚Economic Governance‘ und den Fiskalpakt, die neoliberale Integrationsweise vor demokratischen Entscheidungen ‚schützen‘ und somit autoritär absichern will.

Diese Strategien versuchen, das alte neoliberale Projekt, den „disziplinierender Neoliberalismus“

(Gill 1998) zu retten, indem eine vertiefte Integration (Eurobonds, Bankenunion, Fiskalunion, politische Union) mit harten neoliberalen Bedingungen verknüpft wird: Schuldenbremsen, flexibilisierte Arbeitsmärkte, Deregulierung, Privatisierung usw. Wer diese Auflagen breche, müsse entweder mit dem Ausschluss aus der Eurozone rechnen¹⁸ oder mit automatischen Sanktionen. Ein strategisches Problem der autoritär-neoliberalen Fraktion ist, dass derart weitreichende Integrationsfortschritte nur mit Änderungen an den EU-Verträgen zu realisieren sind – und solche Vertragsänderungen auf autoritär-neoliberaler Grundlage sind in der gegenwärtigen Situation kaum durchsetzbar.

3.3 Neoliberale Reregulierungs-Fraktion

Eine dritte Fraktion die auf neoliberaler Grundlage agiert, kann als proeuropäische Reregulierungs-Fraktion beschrieben werden. Damit bezeichnen wir diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die u.a. durch jene Flügel innerhalb sozialdemokratischer und grüner Parteien repräsentiert werden, die weiterhin auf einer markt-orientierten, letztlich neoliberalen Grundlage operieren wollen, aber auf dieser Grundlage zu einer weitergehenden Reregulation bereit sind als andere Fraktionen des neoliberalen Hegemonieprojekts. Diesen Kräften geht es um eine moderate Richtungsveränderung, nicht um einen politischen Richtungswechsel (vgl. IfG 2011: 14): Stärkere Regulation der Finanzmärkte, die Einschränkung riskanter Spekulationen, die „Austrocknung der grauen Finanzmärkte“, sowie die Trennung von Kredit- und Investmentbankgeschäften;¹⁹ begrenzte Schuldenschnitte und eine neue Steuerpolitik, inklusive Finanztransaktionssteuer und Vermögenssteuern; unterschiedliche Einstiege in eine europäische Transferunion, sei es durch Schuldentilgungsfonds, Eurobonds oder eine tatsächliche Fiskalunion; moderate keynesianische Konjunkturpolitik. Ein wichtiges Element ist die Forderung nach einer grünpolitikistischen Modernisierung der europäischen Ökonomie, die Felder für neue Akkumulation schaffen soll. Pointiert forderte etwa

18 So der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Anton Börner, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.08.2011, S. 10, Wirtschaft.

19 Süddeutsche Zeitung v. 27.10.2011, Wirtschaft.

der liberaldemokratische britische Wirtschaftsminister Vincent Cable einen ökologischen Umbau des Kapitalismus als Krisenlösung und argumentiert:

*What we have is a crisis of finance capitalism rather than a crisis of social democracy. The economic model previously pursued was seriously flawed. [...] The only sensible macro-economic policy stance is a tight fiscal policy combined with a loose monetary one.*²⁰

Um die Gemeinschaftswährung zu erhalten, verfolgen diese Akteure die Strategie, neue europäische Institutionen zu etablieren, wie eine Wirtschaftsregierung, ein europäisches Finanzministerium oder einen ausgebauten europäischen Rettungsschirm bzw. einen europäischen Währungsfond. Eurobonds sind eine zentrale Forderung, eine expansive Geldpolitik durch die EZB ist umstritten, wird aber ebenfalls breit vertreten.

Solche Forderungen verbinden die Akteure dieses Projekts mit einem klaren Bekenntnis zu neoliberalen ‚Strukturreformen‘ in der Arbeitsmarkt, Sozial- und Wettbewerbspolitik, mit Privatisierungen und harter Haushaltskonsolidierung. Eine Gretchenfrage der Zugehörigkeit zu dieser Fraktion, scheint uns die Unterstützung des EU-Fiskalpaktes zu sein, der eine neoliberale Geld- und Haushaltspolitik völkerrechtlich und mit Verfassungsrang festschreiben soll, um demokratische Entscheidungen gegen die neoliberale Orthodoxie zu verhindern. Die Unterstützung des Fiskalpakts durch SPD und Grüne in Deutschland, die Regierung Hollande in Frankreich und weitere europäische ‚Mitte-Links-Parteien‘ rechtfertigt es, sie der Fraktion der neoliberalen Reregulierung zuzuordnen.

3.4 National-soziales Hegemonieprojekt

Die (deutschen) Akteure des national-sozialen Hegemonieprojekts gehen davon aus, dass eine Absicherung der starken Position Deutschlands, und damit der Grundlage von vergleichsweise hohen (wenn auch stagnierenden) Löhnen und Sozialstaat, nicht kompatibel ist mit einer weiteren, substantiell vertieften europäischen Integration – und womöglich auch nicht kompatibel mit einem Erhalt

20 Financial Times v. 11.6.2011, S. 13.

des Euro in seiner derzeitigen Form. So wurde aus dem erweiterten Umfeld des Max-Planck-Instituts in Köln argumentiert, dass es „illusorisch“ sei zu glauben, dass „eine gestärkte Europäische Union, egal in welcher personellen oder politischen Konstellation, eine Politik zur sozialen Wiedereingliederung des Kapitalismus verfolgen würde“.²¹ Entsprechend wurde von Martin Höppner und Armin Schäfer gemeinsam mit Hubert Zimmermann die These aufgeworfen, dass im Sinne einer „souveränitätsschonenden Integrationsstrategie“, die Option in Erwägung gezogen werden sollte, die Vertiefungslogik zu durchbrechen mit dem Ziel einer „behutsamen Rückverlagerung von Kompetenzen (...) im Schutz der mitgliedstaatlichen Autonomie“.²² Mit dieser Strategie ist das national-soziale Hegemonieprojekt in der Eurokrise gegenwärtig isoliert. Die darin implizite Strategie eines Nordeuro oder einer Rückkehr zur D-Mark erhält gesellschaftlich und seitens zentraler politischer Akteure bislang nur wenig Unterstützung.

3.5 Proeuropäisch-soziales und linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt (linkseuropäisches Bündnis)

Von den unterschiedlichen Fraktionen des neoliberalen Hegemonieprojekts und der Position des national-sozialen Hegemonieprojekts zu unterscheiden, sind die Strategien von Akteur_innen des proeuropäisch-sozialen und des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts, die in einem teils impliziten, teils expliziten Bündnis ein linkseuropäisches oder gar euro-sozialistisches Projekt vorantreiben. Träger dieses Bündnisses sind wichtige Strömungen in linken Partei wie der Linkspartei in Deutschland, Syriza in Griechenland, Izquierda Unida in Spanien oder der Rifondazione Comunista in Italien, Organisationen wie Attac, zahlreiche NGOs und relevante Teile der außerparlamentarischen Bewegungen. Die Krisenproteste in den verschiedenen Ländern sind wichtige Orte, wo die verschiedenen Fraktionen dieses Bündnisses zusammenkommen.

21 Cicero Online v. 28.5.2012, <http://www.cicero.de/weltbuehne/die-eu-funktioniert-auch-ohne-den-euro/49459>

22 FAZ v. 27.4.2012, S. 12.

Beispielhaft für die strategische Kombination verschiedener Forderungen, ist die Politik der vier ‚U‘, wie sie das Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwirft. Diese Politik verbindet politökonomische Anliegen des proeuropäisch-sozialen mit den gesellschaftspolitischen Forderungen des linksliberal-alternativen Projektes: Die Politik der vier ‚U‘ bestehe aus „sozialer Umverteilung, sozialökologischer Umgestaltung, umfassender Demokratisierung und umsichtiger Friedenspolitik“ (IfG 2011: 22). Eine klare Ablehnung des Fiskalpakts kann als ein Kriterium der Zuordnung zu diesem Projekt gelten. So formulierte der im März 2012 veröffentlichte Aufruf ‚Demokratie statt Fiskalpakt‘ zentrale Forderungen einer linkseuropäischen Krisenlösung:

Fiskalpakt nicht ratifizieren, das EU-Gesetzespaket zur ‚Economic Governance‘ zurücknehmen; Staatsschulden streichen, Kapitalverkehrskontrollen einführen und Banken in öffentliche Dienstleister umwandeln; gesellschaftlichen Reichtum durch ein neues Steuersystem von oben nach unten umverteilen; mit einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm soziale Infrastruktur ausbauen und ökologischen Umbau vorantreiben; Arbeitszeit verkürzen; Politik und Wirtschaft auf allen Ebenen radikal demokratisieren; die rassistische Politik der Grenzabschottung beenden, Bleiberecht und Papiere für alle.²³

Ein zentrales Argument der hier vernehmbaren Akteure in Bezug auf die Eurokrise ist, dass die Debatte über Staatsschulden „die eigentlichen Probleme“ verdecke. Diese bestünden in ungleicher ökonomischer Entwicklung Europas. Seit einem Jahrzehnt seien die deutschen Löhne und Lohnstückkosten nicht gestiegen, was zur Schwächung der deutschen Arbeitnehmer_innen und zu ruinöser Lohnkonkurrenz in Europas führe. Um dem entgegen zu wirken, müsse vor allem der Niedriglohnsektor ‚ausgetrocknet‘ und das Tarifsystem gestärkt werden. Erst an zweiter Stelle steht die Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung und Eurobonds, um eine Strategie der

23 taz, 14.03.2012, <http://www.taz.de/!89620/> und <http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org>

Umverteilung zu stützen.²⁴ In Deutschland fordert die Linkspartei die Verstaatlichung von Banken, öffentliche Anleihen der EZB, damit diese ohne private Vermittler das Geld direkt und wesentlich günstiger an die „notleidenden Mitgliedsstaaten“ weiterleiten könne.²⁵ Ein weiterer Kernbestandteil dieser Strategien ist die Forderung nach einer Umverteilung des Vermögens. Es wird auf den New Deal unter Roosevelt hingewiesen, der die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 79 Prozent durchsetzte, um die USA aus der Rezession zu führen. Insofern brauche es einen neuen New Deal und eine Finanztransaktionssteuer.²⁶ Zugleich wenden sich diese Akteur_innen gegen die neoliberale Sparlogik, welche die Lage in den südlichen Ländern verschlimmere, sowie gegen die massive Entdemokratisierung Europas durch die autoritär-neoliberalen Strategien.²⁷

Das linkseuropäische Bündnis verfügt damit über ein eigenes, durch einen klaren Bruch von allen anderen Projekten abgegrenztes, hegemoniefähiges politisches Projekt, das jedoch aufgrund der ökonomischen und institutionellen Schwächung seiner Akteur_innen nicht in gleicher Weise schlagkräftig ist wie die neoliberalen Akteure.

3.6 Exkurs: Gibt es ein linksradikales Hegemonieprojekt?

Schließlich stellt sich die Frage, wie Akteure und Strategien zu verorten sind, die über die radikal-reformistische Strategie des linkseuropäischen Bündnisses hinausgehen, und die in der Krise eine explizit antikapitalistische Politik verfolgen. Präziser: Ist es gerechtfertigt und ergibt es (politisch) Sinn, ein eigenständiges linksradikales Hegemonieprojekt analytisch zu unterscheiden? Innerhalb unseres Forschungsprojektes gab es unterschiedliche Positionen.

Zunächst müsste man ein linksradikales Projekt

24 taz v. 10.10.2011, S. 12.

25 Klaus Ernst, taz, v. 19.10.2011.

26 So die taz-Wirtschaftsredakteurin Ulrike Herrmann, taz v. 22.10.2011, S. 14.

27 Detlef Wetzels, Vizechef der IG-Metall, taz, v. 07.10.2011, S. 7.

inhaltlich beschreiben: Es umfasst Positionen, die nicht nur gegen die neoliberale regulierte Marktwirtschaft gerichtet sind, sondern die kapitalistische Produktionsweise fundamental ablehnen und ihre Überwindung anstreben. ‚Die Krise heißt Kapitalismus‘, lautete ein Slogan der Krisenproteste seit 2008. Damit verbunden sind andere Essentials radikaler linker Politik zu Geschlechterverhältnissen, Basisdemokratie, Staatskritik, Antirassismus und Radikalökologie. Häufig gehört eine bewusste Verweigerung gegenüber realpolitischen Politikformen dazu, eine Skepsis gegenüber parlamentarischen Strategien. Akteur_innen eines solchen Projektes wären die radikalen Kräfte der außerparlamentarischen Linken, aber auch Gewerkschaftslinker, Wissenschaftler_innen und Einzelpersonen in moderateren linken Organisationen (Parteien, NGOs). Beispiele sind die radikalen Strömungen innerhalb der sozialen Bewegungen in den Krisenstaaten, etwa Teile der Indignados in Spanien (Cuevas 2012) oder der Bewegung des Synthagma-Platzes in Athen mit ihrer Forderung nach realer Demokratie und dem Verschwinden aller Politiker_innen. Relevante Teile der Bewegungen setzen auf das ganz Andere. Profilierte organische Intellektuelle dieses Projektes sind der Philosoph Slavoj Žižek und der Humangeograph David Harvey.²⁸ Diese Akteure besitzen eine außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit, über die andere Projekte nicht verfügen.

Zwei Argumente sprechen jedoch gegen die analytische Unterscheidung eines linksradikalen Hegemonieprojektes: Erstens sind die gesellschaftlichen Kräfte, welche linksradikale, antikapitalistische und herrschaftskritische Positionen vertreten, in den europäischen Staaten derart stark marginalisiert, dass es unangemessen und irreführend wäre, aus diesen versprengten politischen Außenseiter_innen ein eigenständiges ‚Hegemonieprojekt‘ zu konstruieren. Es sei angemessener sie als linken, radikalen Flügel des linkseuropäischen Bündnisses zu begreifen. Zweitens wäre ein ‚linksradikales Hegemonieprojekt‘ ein Widerspruch in sich: Wenn politische Akteure im Modus der Hegemonie operieren (auch gegenhegemonial), dann wollen sie eine andere Herrschaftsordnung durchsetzen. doch linksradikale oder kommunistische Politik, so

28 Taz v. 8. 10.2011, S. 6; v. 01.10.2011, S. 24.

das Argument, sei per definitionem radikal herrschaftskritisch, nicht gegen- sondern antihegemonial.

Demgegenüber stehen drei Argumente, für die analytische Unterscheidung eines linksradikalen Projektes: Erstens sei es zu undifferenziert derart radikal agierende Kräfte wie M31, die Interventionistische Linke, die Indignados und griechische Anarchist_innen als linken Rand des letztlich reformistischen linkseuropäischen Bündnisses zu fassen. Zweitens seien diese gesellschaftlichen Kräfte nicht irrelevant. In vielen europäischen Staaten sind es die linksradikalen außerparlamentarischen Kräfte, welche die Massenmobilisierungen gegen die neoliberale Krisenbearbeitung tragen, und in Spanien, Griechenland und Italien die Regierungen unter Druck setzen. Drittens ergibt es aus (forschungs-)politischer Sicht Sinn, ein solches Projekt genauer zu betrachten: Wenn man linksradikale Kräfte nicht eigenständig unterscheidet und in den Mittelpunkt von Analysen stellt, reproduziert man ihre gesellschaftliche Isolation – und dies läuft den politischen Zielen kritischer Wissenschaft entgegen.

Wir können und wollen die Frage hier nicht auflösen, ob man ein linksradikales Hegemonieprojekt unterscheiden sollte. Eine weitere Diskussion dieser Frage, aus analytischer und politischer Sicht, halten wir für wichtig.

4 THESEN ZUR DYNAMIK DER KONFLIKT-KONSTELLATION

Im Anschluss an die Skizze der Konfliktkonstellation formulieren wir nun eine Reihe von Thesen, welche die Analyse vertiefen.

These 1: Irritierende Sturheit der Regierung Merkel

Für viele Beobachter_innen des Krisengeschehens erscheint es schwer erklärbar, warum die Regierung Merkel und ihre Verbündeten in anderen Kernländern ihre Strategie der Austerität aus Sparmaßnahmen plus Strukturreformen derart kompromisslos verfolgen. Zu offensichtlich scheint diese Strategie nicht zu funktionieren. Sie treibt die Krisenstaaten der europäischen Peripherie immer tiefer in die Rezession, erhöht so die Quote

der Staatsverschuldung und damit die Refinanzierungskosten am Finanzmarkt. Der Regierung Merkel wird vorgeworfen, mit ihrer kompromisslosen Austerität die Zukunft der Eurozone zu gefährden, gar das gesamte europäische Projekt. Beispielhaft ist ein Kommentar des Historikers Niall Ferguson und des Ökonomen Nouriel Roubini in der Financial Times. Unter der Überschrift: „Berlin is ignoring the lessons of the 1930s“ schrieben sie im Juni 2012:

We find it extraordinary that it should be Germany, of all countries, that is failing to learn from history. Fixated on the non-threat of inflation, today's Germans appear to attach more importance to 1923 (the year of hyperinflation) than to 1933 (the year democracy died). [...] The EU was created to avoid repeating the disasters of the 1930s. It is time Europe's leaders – and especially Germany's – understood how perilously close they are to doing just that.²⁹

Die deutsche Regierung steht durch andere EU- und G20-Regierungen und in der europäischen Öffentlichkeit unter massivem Druck. Doch sie bleibt bei ihrem gefährlichen Kurs. Warum? Gestützt auf die Analyse der Hegemonieprojekte in der Eurokrise lassen sich zwei Antworten geben: Erstens stützt sich die Regierung Merkel primär auf zwei Hegemonieprojekte bzw. Fraktionen, die aus unterschiedlichen Gründen einen Kurs der kompromisslosen Austerität einfordern. Erstens ist dies die national-orthodoxe neoliberale Fraktion, also das Bündnis aus der orthodox-ordoliberalen Fraktion und dem national-konservativen Projekt.

Diese Akteure sind teils ideologisch getrieben (reine Lehre des Neoliberalismus; deutschnationaler Chauvinismus) ohne eigene Antworten auf die Krise zu haben; teils nehmen sie die Folgen ihrer Strategien bewusst in Kauf (Zerbrechen der Eurozone; Krise der EU; Rezession; Nordeuro oder neue D-Mark). Andererseits stützt sich die Regierung Merkel auf die autoritär-neoliberale Fraktion, die in Deutschland primär durch den BDI/BDA und Verbände der Finanzindustrie vertreten wird. Die-

29 Financial Times, 8.6.2012. URL: <http://www.ft.com/cms/s/0/c49b69d8-b187-11e1-bbf9-00144feabdc0.html>

se Akteure sind geld- und europapolitisch flexibler als das national-orthodoxe Bündnis. Der BDI fordert eine vorsichtige Regulation der Finanzmärkte. Gleichzeitig positionieren sich BDI et al. strikt gegen eine europäische Integration, die nicht auf autoritär-neoliberaler Grundlage geschieht. Der BDI strebt ein Europa an, „in dem die sinnvolle Übertragung und Aufteilung von politischer Souveränität im Vordergrund [...] steht und nicht die Umverteilung von Wohlstand.“³⁰ Die Kompromisslosigkeit der Regierung Merkel erklärt sich zu großen Teilen aus den radikalen Positionen ihrer Unterstützungsbasen und deren Stärke im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis. Die die Regierung stützenden Akteure üben Druck aus, weder europapolitische noch geld- und wirtschaftspolitische Zugeständnisse zu machen.

Der zweite Grund für die teils irritierende Sturheit der Regierung Merkel ist, dass diese, getrieben durch die sie stützenden gesellschaftlichen Kräfte, die Eurokrise und die Gefahr ihrer Eskalation, strategisch nutzt, um in der klassischen Logik einer „Schockstrategie“ (Klein 2007) neoliberale ‚Strukturreformen‘ und ‚Staatsumbau‘ durchzusetzen, zu einem Grad und in Ländern/Bereichen, die sich bislang noch widersetzen. Die Eurokrise und die Gefahr ihrer weiteren Eskalation ist eine historische Gelegenheit, die ausgenutzt wird. Es ist ein Vabanque-Spiel. Um die Gelegenheit zu nutzen, gehen die Regierung Merkel und die sie stützenden Kräfte das Risiko ein, dass die Krise unkontrolliert eskaliert und die Eurozone zerbricht. Sie nehmen diese Möglichkeit (bewusst?) in Kauf, um die Opposition gegen neoliberale Strukturreformen und ihre dauerhafte Verankerung auszuschalten.

These 2: Die Kompromisslosigkeit der neoliberalen Krisenlösung hat Grenzen

Der bisherige Verlauf der Krise und des Krisenmanagements zeigt, dass die orthodox stabilitätsorientierte Strategie flexibel ergänzt wird, wenn keine andere Möglichkeit mehr zu bleiben scheint. Mehrfach haben die deutsche Regierung und ihre Verbündeten in der Krise Forderungen und Interes-

30 BDI, 4.7.2012: „Das Ende des Nein-Sagens“ (BDI-Statement). URL: http://www.bdi.eu/Statements_Das-Ende-des-Nein-Sagens.htm

sen ihrer national-orthodoxen und neoliberal-autoritären Basis missachtet, wenn die Krisen zu stark zu eskalieren drohte: Im Jahr 2008/2009 reagierte sie mit keynesianischen Konjunkturpolitik auf die durch die Finanzkrise ausgelöste Weltrezession (Konjunkturpaket, Abwrackprämie). Von Mai 2010 bis Oktober 2011 tolerierte bzw. akzeptierte sie das Programm zum Ankauf der Anleihen von Euro-Krisenstaaten durch die EZB (Securities Markets Programme, SMP). Gleiches gilt für die EZB-Maßnahmen des quantitative easing, d.h. der günstigen EZB-Sonderkredite (Dezember 2011/Februar 2012) über eine Billionen Euro an europäische Banken. In Deutschland wurde Ende März 2012 im Öffentlichen Dienst ein Tarifabschluss von 6,3 Prozent über zwei Jahre erzielt³¹ und Finanzminister Schäuble sagte, ein hoher Abschluss in der deutschen Metallindustrie sei 2012 möglich: „Es ist in Ordnung, wenn bei uns die Löhne aktuell stärker steigen als in allen anderen EU-Ländern“.³² Tatsächlich erreichte die IG Metall ein deutliches Plus von 4,3 Prozent.³³ Damit stützte die deutsche Regierung vorsichtige Schritte, um die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU zu relativieren, und nahm sogar die Möglichkeit einer leicht erhöhten Inflation in Kauf. Auf Druck u.a. von Frankreich, SPD/Grünen und sozialen Bewegungen unterstützt die Regierung Merkel die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Für den Fall eines Wahlsieges der Partei der radikalen Linken SYRIZA bei den griechischen Parlamentswahlen vom 17. Juni 2012 hatte die EZB angedeutet, zu weiteren geldpolitischen Interventionen bereit zu sein. Auf dem EU-Gipfel vom 28./29.

31 Sueddeutsche.de, 31.03.2012. URL: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/gewerkschaftsforderung-in-den-tarifverhandlungen-schauble-spricht-sich-fuer-hohe-lohnsteigerungen-aus_aid_747825.html

32 Focus Online, 05.05.2012. URL: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/gewerkschaftsforderung-in-den-tarifverhandlungen-schauble-spricht-sich-fuer-hohe-lohnsteigerungen-aus_aid_747825.html

33 Spiegel Online, 31.03.2012. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/analyse-tarifabschluss-2012-in-der-metallindustrie-a-833986.html>

Juni 2012 machte die deutsche Regierung einige (häufig überschätzte) Zugeständnisse an die Forderungen der südlichen EU-Mitglieder, in dem sie erklärte, nach der Einführung einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht könnten Hilfskredite des ESM direkt an Banken ausgegeben werden, um so den Zusammenhang zwischen Bankenrettungen und Staatsverschuldung zu lösen bzw. zu vergemeinschaften. Beim selben Gipfel wurden Lippenbekenntnisse zu einer Wachstumspolitik abgegeben und symbolisch ein Wachstumspaket von größtenteils zuvor eingeplanten Mitteln bereitgestellt. Schließlich wachsen Stimmen innerhalb der CDU (u.a. Wolfgang Schäuble), die eine Fiskalunion mit politischer Union als sogar mittelfristige Perspektive ins Spiel bringen. Als Ende Juli 2012 die Zinsen für spanische und italienische Staatsanleihen massiv anstiegen, erklärte EZB-Präsident Mario Draghi, unterstützt von Schäuble, die EZB werde ‚alles tun‘, um den Euro zu erhalten – ein lang erwartetes und erstaunlich klares Bekenntnis zu einer expansiven Geldpolitik, vermutlich einer Wiederauflage des SMP-Programms zum Aufkauf von Staatsanleihen.

All diese Beispiele zeigen: Sollte die Krise erneut eskalieren, werden auch die deutsche Regierung und ihre monetaristischen Verbündeten wieder zu Maßnahmen bereit sein, die den Positionen und unmittelbaren Interessen der sie stützenden Projekte widersprechen. Diese Richtungsmodifikationen bedeuten keinen Bruch mit grundlegenden neoliberalen und finanzgetriebenen Akkumulationsregime. Sie ergänzen aber dessen Regulation um geld- und konjunkturpolitische Elemente (vgl. ING 2012).

These 3: Gegenseitige Blockade autoritär-neoliberalen und linkseuropäischer Krisenlösungen

Ein zentrales Problem für die Bearbeitung der Krise besteht gegenwärtig darin, dass sich die gegeneinander stehenden gesellschaftlichen Kräfte gegenseitig blockieren. Eine vertiefte europäische Integration auf autoritär-neoliberaler Grundlage könnte, gerade wenn sie einen ökologischen Wachstumspfad und mit einer gewissen geldpolitischen Flexibilität verbindet, die Krisendynamik wahrscheinlich mittelfristig stabilisieren und, zumindest in Europa,

Grundlage für eine prekäre Runde neuer Akkumulation schaffen. Doch dieser Weg ist weitgehend blockiert: Eine weitere neoliberale Integration bedürfte einer Änderung der EU-Verträge. Doch gegenwärtig erscheinen EU-Vertragsänderungen auf neoliberaler Grundlage nicht durchsetzbar. Die defensive Stärke der anti-neoliberalen und der anti-europäischen Kräfte ist groß genug, um derartige EU-Vertragsänderungen im Rahmen obligatorischer Referenden und parlamentarischer Ratifizierungsprozesse äußerst unwahrscheinlich zu machen. In einer ING-Studie von Juni 2012 wird diese Einsicht aus einer Herrschaftsperspektive formuliert. Da neoliberale Reformen erst zerstören würden, bevor sie kreativ Neues schaffen, seien sie schwer durchzusetzen:

However, the fact that the destruction is more immediate than the creation tends to provoke howls of protest from those directly affected. This presents a serious political constraint on reform. Politicians having to deal with the backlash from the vested interests stand to lose in the reform process. Indeed, the resistance to economic reforms that are being debated and implemented in the Eurozone's periphery is one reason why incumbent governments have been falling or being voted out, and technocrats installed as leaders in Greece and Italy. (ING 2012: 8).

Der Fiskalpakt ist ein Beispiel für diese Dynamik. Verglichen mit einer vollständigen autoritär organisierten Fiskalunion, wie sie von Akteuren des autoritär-neoliberalen Projekts diskutiert wird, ist der Fiskalpakt geradezu moderat. Doch bereits dieser, relativ kleine Schritt ist nur mühsam gegen gesellschaftliche, politische und juristische Widerstände durchzusetzen.

Die grundlegende Alternative zu dieser autoritär-neoliberalen Krisenlösung wäre eine sozialökologische und demokratische Transformation der EU, eine Krisenlösung auf Basis von Umverteilung, sozial-ökologischem Umbau, Schuldenstreichung und radikaler Demokratisierung. Doch noch offensichtlicher als für die autoritär-neoliberale Lösung ist der Weg für diese linkseuropäische bzw. eurosozialistische Perspektive versperrt. Die gesellschaftlichen Kräfte hinter diesem Projekt (Gewerkschaften, soziale Bewegungen, linke Parteien und

die sie stützenden sozialen Gruppen) sind politisch marginalisiert und ihnen stehen die im disziplinierten Neoliberalismus verankerten strukturellen und juristischen Mechanismen entgegen (Druck der Finanzmärkte, Schuldenbremsen). Solange die Kräfteverhältnisse durch erfolgreiche und gemeinsame Massenmobilisierungen nicht substantiell verschoben werden können, bleibt dieses Projekt ohne reale politische Perspektive. Doch durch seine defensiven Fähigkeiten ist das Projekt Teil des Kräfteverhältnisses und mit ihnen blockiert es bislang die radikalsten Varianten einer autoritär-neoliberalen Krisenlösung.

These 4: Mögliche Szenarien der weiteren Entwicklung

Welche Konstellation von Hegemonieprojekten sich durchsetzen wird, welches Staatsprojekt sich herausbildet, und wie dies das institutionelle Gefüge des europäischen Staatsapparate-Ensembles verändern wird, ist nicht vorhersehbar. Aufgrund der labilen und fragmentierten inneren Struktur des europäischen Staatsapparateensembles lässt sich nicht einmal sagen, ob das europäische Staatsprojekt die Krise überlebt. Die Entscheidungsverfahren innerhalb der EU verkomplizieren die verschiedenen Krisenlösungen. Benötigt wird die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten in den Gesetzgebungsverfahren, eine Mehrheit innerhalb der Kommission und im Mitentscheidungsverfahren (Mehrheit im EU-Parlament). Im Anschluss müssen die Richtlinien und Verordnungen die Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof überstehen. In einer Konstellation, in der das hegemoniale neoliberale Projekt an Plausibilität verliert, wird diese Prozedur zu einer immer höheren Hürde – für alternative Projekte scheint sie geradezu unüberwindbar. Welche Szenarien erscheinen vor diesem Hintergrund mittelfristig am wahrscheinlichsten? Aus unserer Sicht lassen sich vier Szenarien unterscheiden.

Szenario 1: Fortsetzung des Bündnisses zwischen autoritär-neoliberaler Fraktion und dem orthodox-nationalem Bündnis führt zur Eskalation der Krise und Zerschellen der Eurozone

Im August 2011 konnte das IfG noch die Möglichkeit benennen, dass eine verhalten positive Entwicklung der Weltkonjunktur mit starker Nachfrage aus China und anderen Schwellenländern zur Grundlage eines Muddling-Through werden könnte, in dem die gegenwärtige autoritär-neoliberale Krisenbearbeitung nur gering modifiziert werden muss (IfG 2011: 8). Inzwischen ist die Wahrscheinlichkeit dieses Szenario gesunken. Die Rezession in Südeuropa, Frankreich und Großbritannien, das schwache Wachstum in den USA und selbst in China haben diese Perspektive unwahrscheinlicher gemacht. Eine Erhaltung der Eurozone unter andauernder Führung der proeuropäischen autoritär-neoliberalen Fraktion wird nur funktionieren, wenn es zu einem Abweichen von den Forderungen des orthodox-nationalen Bündnisses kommt. Setzen die deutsche Regierung und ihre Verbündeten ihre Linie der harten Austerität ohne flexiblere Geld- und/oder Haushaltspolitik, ohne eine signifikant vertiefte Integration (d.h. Transfer- und Fiskalunion) durch bzw. scheitern sie mit ihren neoliberalen Integrationsprojekten, dann ist eine unkontrollierte Eskalation der Eurokrise mit einer Reihe von Staatsbankrotten, schwerer Rezession und dem Auseinanderbrechen des Euro das wahrscheinlichste Szenario. Anders gesagt: Die neoliberale Austerity-Strategie der deutschen Regierung und ihrer Unterstützer_innen könnte ihr Blatt überreizen und zu einem Austritt von Staaten aus der Eurozone führen (allen voran Griechenland), damit zu unkontrollierten Staatsbankrotten und einer Eskalationsdynamik, welche durch den ESM und geldpolitische Interventionen der EZB nicht mehr gestoppt werden könnte. Auslöser könnte auch erfolgreicher Widerstand gegen diese autoritär-neoliberale Politik sein (Massenstreiks, Volksaufstände, Wahlsiege linker Parteien kombiniert mit Massenmobilisierungen).

Die weitere Entwicklung im Kontext einer solch massiven Eskalation der Krise kann nicht vorhergesagt werden. Letztlich könnte eine Kriseneskalation samt tiefer Rezession zu jener massiven Kapitalvernichtung führen, welche die staatlichen ‚Rettungsmaßnahmen‘ seit 2008 zu verhindern gesucht haben. Die unkontrollierte Zerstörung des überakkumulierten Kapitals könnte mittelfristig die Grundlage für einen neuen Akkumulationszyklus legen.

Szenario 2: Rechtspopulistische Renationalisierung

Die historische Erfahrung zeigt jedoch, dass mit einer solch unkontrollierten Zerstörung, massive Gefahren durch autoritäre und faschistische politische Entwicklungen einhergehen. Sollte die Krise weiter eskalieren, ist nicht auszuschließen, dass sich aus den national orientierten Teilen des neoliberalen Projekts, dem national-konservativen und Teilen des national-sozialen Projekts ein neues rechts-nationales Projekt zusammensetzt, das in den Mitgliedsstaaten vom Zerfall der EU profitieren könnte. Schon jetzt sind in einigen Staaten der EU solche Tendenzen zu beobachten (vgl. IfG 2011: 13f.). Dieses Szenario könnte sich sowohl im Anschluss an eine Kriseneskalation und ein Auseinanderbrechen des Euro entwickeln, als auch davor. Die Gefahr besteht, dass im Rahmen einer solchen Entwicklung autoritäre und repressive Maßnahmen und Mechanismen dramatisch intensiviert werden, um eine neoliberale Krisenlösung auf einer rechtspopulistisch und repressiv verengten Grundlage durchzusetzen.

Szenario 3: Muddling-Through unter proeuropäisch autoritär-neoliberaler Führung, im Bündnis mit der neoliberalen Reregulierungs-Fraktion

Das dritte Szenario umfasst die Möglichkeit, dass das bisherige ‚Muddling-Through‘ im Sinne eines fortgesetzten und zugleich radikalisierten autoritären Neoliberalismus mittelfristig erfolgreich ist, die Eurokrise zu bearbeiten und die staatliche Refinanzierung am Finanzmarkt zu stabilisieren. Als Bedingung dieses Szenarios muss ein Abweichen von kompromisslosen, allein auf Haushaltskonsolidierung und ‚Strukturreformen‘ fokussierten Politik gelten. Unterschiedliche geld-, fiskal- und währungspolitische Maßnahmen könnten hier Voraussetzungen schaffen, etwa eine begrenzte Staatsfinanzierung durch die EZB samt hilfreicher Inflation, Kapitalvernichtung durch andauernde Rezession und begrenzte Schuldenschnitte, ein Abwerten des Euro, um Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, konjunkturpolitische Maßnahmen usw. (vgl. ING 2012). Zentral wäre es, über eine grünkapitalistische Modernisierung neue Absorptions-

möglichkeiten für das überakkumulierte Kapital zu schaffen. Die ‚Strukturreformen‘ v.a. im Südeuropa könnten mittelfristig zu erhöhtem Wachstum führen und die Situation stabilisieren. Dies wäre keine Lösung der Krise, nur ein zeitliches Verschieben, bei massiver Verschlechterung der Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheiten. Aufgrund der Strategien und Taktiken sowie der sozialstrukturell verorteten Ressourcen der jeweiligen Projekte hat dieses Szenario, basierend auf einer Allianz zwischen den proeuropäisch autoritär-neoliberalen Strategien sowie der neoliberalen Reregulierungs-Fraktion gewisse Erfolgsaussichten. Dies auch deswegen, weil Teilforderungen anderer Projekte integriert werden könnten, etwa (modifizierte) Fortsetzung neoliberaler Politiken (orthodox-neoliberale Fraktion) und mittelfristig Eurobonds und/oder gemeinsame Schuldentilgung (proeuropäisch soziales und linksliberal-alternatives Projekt).

5 PERSPEKTIVEN EINES SOZIALÖKOLOGISCHEN, LINKSEUROPÄISCHEN PROJEKTS

In einem vierten Szenario könnte es einem links-europäischen Projekt gelingen, die verbreitete Entlegitimierung der verschiedenen neoliberalen Krisenbearbeitungen für die Durchsetzung einer sozialökologischen und demokratisierenden Krisenbearbeitung zu nutzen. Um wirkungsmächtig zu werden, müsste ein solches Projekt verschiedene gesellschaftliche Strömungen bündeln. Es müsste die ökonomischen Forderungen des linkseuropäischen mit den postnationalen und demokratietheoretischen Positionen des linksliberal-alternativen Projektes verbinden und sich zugleich auf die in diesem Politikfeld Ausgeschlossenen stützen: die sozialen Bewegungen, die als Basen eines linksradikalen Hegemonieprojekts verstanden werden könnten. Mit einer Konzeption zur Reskalierung der Sozialpolitik könnte das national-soziale Hegemonieprojekt zu integrieren versucht werden. Auf diese Weise ließen sich unterschiedliche Ressourcen verbinden, so dass es möglich wäre, eine Gegenkraft zu den neoliberalen Fraktionen aufzubauen, bevor sich eine neue herrschaftliche Konstellation stabilisiert hat.

Ein solches Projekt würde vor der Aufgabe stehen, die Macht der Finanzindustrie und der Transnationalen Konzerne zu brechen, oder wenigstens das Kräfteverhältnis zugunsten der Subalternen zu verschieben. Gelingt dies nicht, wird sich der Angriff auf die verbliebenen demokratischen Strukturen verschärfen (vgl. Oberndorfer 2012). Das Staatsprojekt Europa ist in seiner inneren Struktur, die zu einer Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren führt, grundlegend undemokratisch verfasst. Ein zentraler Angriffspunkt eines neuen Projektes müsste daher die Forderung nach ‚realer Demokratie‘ sein, so wie sie in Spanien und Griechenland und der globalen Occupy-Bewegung schon formuliert wird. In der demokratischen Frage laufen die unterschiedlichen Stränge alternativer Projekte zusammen. Sie muss der Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Krise und zugleich zu einer Krisenlösung sein, die nicht zu Lasten der Subalternen geht. Voraussetzung wäre eine grundlegende Demokratisierung der Struktur der EU. Der Kampf um Demokratie schließt die Forderung nach einer Umkehr der Umverteilung von unten nach oben ein, weil die extremen sozialen Ungleichheiten als Resultat von dreißig Jahren „Klassenkampf von oben“ (Resch/Steinert 2011: 126) Demokratie, wie heute zu beobachten ist, nicht nur in ihrer bürgerlichen Form untergraben, sondern erst recht der historischen Möglichkeit substantieller, ‚realer Demokratie‘ diametral entgegenstehen.

Für ein solches linkseuropäisches Projekt stellen sich in der Krise verschiedene strategische Probleme: Erstens sind erfolgreiche Abwehrkämpfe entscheidend. Es muss gelingen, die politischen Projekte eines radikalisierten und autoritären Neoliberalismus zu verhindern. Zweitens müssen die Akteure des linkseuropäischen Bündnisses entscheiden, wie sie mit jenen Fraktionen und Projekten strategisch umgehen, mit denen sich potenziell kooperieren ließe. Dazu gehören die Protagonist_innen der neoliberalen Reregulations-Fraktion (u.a.

dominante Strömungen innerhalb grüner und sozialdemokratischer Parteien), das national-soziale Hegemonieprojekt, und die linksradikalen Kräfte. Schließlich stellt sich die Frage, wie ein linkseuropäisches Projekt in die Offensive kommen kann. Das IfG schlägt eine ganze Reihe von „Einstiegsprojekten“ vor (IfG 2011: 31ff.)

Aber das kann nur der Anfang sein. Auf die Dauer- und Vielfachkrise der gegenwärtigen Zivilisation lässt sich nur mit grundlegendem gesellschaftlichen und politökonomischen Veränderungen reagieren. Die Krisen-Zyklen werden kürzer, und eine neue dauerhafte Wachstumsphase scheint illusorisch. Selbst wenn es gelänge, für eine gewisse Zeit ökonomisches Wachstum zu generieren, führt die kapitalistische Wachstumsdynamik unweigerlich zu immer tieferen ökologischen und sozialen Verwerfungen. Ohnehin profitiert nur eine Minderheit davon. Die katastrophischen Auswirkungen ökonomischen Wachstums werden offensichtlicher. Die imperiale Lebensweise in den Metropolen (Brand 2008) ist nicht verallgemeinerbar, ohne ganze Weltregionen der Verwüstung preiszugeben. Über die Kosten des zunehmenden Raubbaus an Mensch und Natur muss gesellschaftlich diskutiert werden, und es müssen insbesondere diejenigen zu Wort kommen, die davon betroffen sind. Mit anderen Worten: Die Forderung nach Demokratie kann weder national noch europäisch beschränkt bleiben.

Es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Einsichten in ein möglichst breit angelegtes emanzipatorisches Projekt kurzfristig durchsetzen werden. Eine Verschiebung von gesellschaftlichen und institutionellen Kräfteverhältnissen könnte aber den Raum für alternative Entwicklungspfade öffnen. Eine solche Verschiebung ist nur denkbar, wenn sich neue gesellschaftliche Allianzen bilden und sich die Kämpfe gegen die aktuelle Krisenbearbeitung nicht nur in Europa, sondern global ausdehnen und sie ihre ‚Systemrelevanz‘ praktisch unter Beweis stellen.

LITERATUR

- Altvater, Elmar (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren. Der European Round Table of Industrialists, in: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 189-221.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2002): Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration, London.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze, in: Das Argument 217, 729-740.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen, in: Beckmann, Martin / Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (Hg.): Eurokapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg.
- Bieling, Hans-Jürgen (2009): Neuer Staatsinterventionismus? Brüche und Kontinuitäten im marktliberalen Diskurs, in: Widersprüche (Zürich) 57, 41-52.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration, in: Dies. (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, 102-130.
- Brenner, Neill (2003): 'Glocalization' as a state spatial strategy: Urban entrepreneurialism and the new politics of uneven development in Western Europe, in: Jamie Peck / Henry Wai-Chung Yeung (Hg.): Remaking the Global Economy: Economic-Geographical Perspectives, London/Thousand Oaks, 197-215.
- Brenner, Neill (2004): New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood, Oxford und New York.
- Brand, Ulrich (2008): ‚Umwelt‘ in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik, in: Widerspruch (Zürich) 54, 139-148.
- Brand, Ulrich (2009): Staatstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus. Ein ‚neo-poulantzianischer‘ Ansatz der IPÖ, in: Hartmann, Eva / Kunze, Caren / Brand, Ulrich (Hg.): Globalisierung, Macht und Hegemonie, Münster, 212-241.
- Brand, Ulrich (2011). State, Context and Correspondence. Contours of a Historical-Materialist Policy Analysis. Unveröffentlichtes Manuskript, Wien.
- Buckel, Sonja (2011): Staatsprojekt Europa, in: Politische Vierteljahresschrift, 52, 4, 636-62.
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (2012): „...wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“ Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise, in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, 12-49.
- Choonara, Joseph (2009): Marxist accounts of the current crisis, in: International Socialism, No. 123 (Summer 2009). <http://www.isj.org.uk/?id=557>
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory, in: Millennium: Journal of International Studies, 10,2, 126-155.
- Cuevas, José Manuel Romero (2012): Fortbestand der Kritik: Krise und Protestbewegung in Spanien, in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, 95-104.
- Demirović, Alex / Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: PROKLA, Heft 166, 42. Jg. 2011, Nr. 1, 77-106.
- Duménil, Gérard / Lévy, Dominique (2011): The Crisis of the Early 21st Century: General Interpretation, Recent Developments, and Perspectives. Preliminary draft. <http://www.jourdan.ens.fr/levy/dle2011h.pdf>
- Eberhard, Pia (2012): Lobbyismus und europäische Postdemokratie. Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krisen, in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, 105-122.
- Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism. Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: New Political Economy, 3, 1, 5-26.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hrsg. v. Bochmann, Klaus / Haug, Wolfgang Fritz, Hamburg/Berlin.
- Héritier, Adrienne (1999): Policy-Making and Diversity in Europe. Escaping Deadlock, Cambridge.

- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin.
- IfG (2011): Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, Thesen. Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, August 2011, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf (29.08.2012).
- ING (2012): Roads to survival. How EMU break-up could be avoided. ING Financial Markets Research, June 2012, <http://www.ing.com/web/file?uuid=8b6c03d0-b915-4ebe-9bfe-a5f3ea89859f&owner=b03bc017-e0db-4b5d-abbf-003b12934429&contentid=17821> (29.08.2012)
- Jessop, Bob (1990): Accumulation Strategies, State Forms and Hegemonic Projects, in: Ders.: State Theory. Putting Capitalist States in their Place, Pennsylvania, 196-219.
- Jessop, Bob (2008): State Power. A Strategic-Relational Approach, Cambridge.
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Kannankulam, John / Georgi, Fabian (2012): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa‘. Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europäische Integration, Nr. 30, Phillips-Universität Marburg, <http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/a30.pdf> (29.08.2012)
- Klein, Naomi (2007): Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt.
- Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus, Münster.
- Macartney, Huw (2009): Variagated Neo-Liberalism: Transnationally Oriented Fractions of Capital in EU Financial Market Integration, in: Review of International Studies 35, 451-480.
- Mcnally, David (2011): Global Slump. The Economics and Politics of Crisis and Resistance. Oakland, CA.
- Neyer, Jürgen (2005): Die Krise der EU und die Stärke einer deliberativen Integrationstheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2, 12, 377-382.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?, in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, 50-72.
- Offener Brief der Ökonomen (2012): Bankenkrise. Aufruf von 272 deutschsprachigen Wirtschaftsprofessoren, <http://www.statistik.tu-dortmund.de/kraemer.html> (28.07.2012)
- Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg.) (2011): Gramsci Global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg.
- Pieper, Marianne, Efthimia Panagiotidis and Vassilis Tsianos (2011): Konjunkturen der egalitären Exklusion. Postliberaler Rassismus und verkörperte Erfahrung in der Prekarität, in: Pieper, Marianne / Atzert, Thomas / Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis (Hg.): Biopolitik in der Debatte, Wiesbaden, 193-226.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg.
- Resch, Christine / Steinert, Heinz (2011): Kapitalismus, Münster.
- Roberts, Michael (2010): The causes of the Great Recession: Mainstream and heterodox interpretations and the cherry pickers (conference paper, May 2010). <http://thenextrecession.files.wordpress.com/2010/07/the-great-recession-paper-for-bordeaux.pdf> (29.08.2012)
- Sablowski, Thomas (2011): Die jüngste Weltwirtschaftskrise und die Krisentheorien, in: Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian (Hg.): Vielfachkrise, Hamburg, 20-44.
- Sauer, Birgit (2001): Vom Nationalstaat zum europäischen Reich? Staat und Geschlecht in der Europäischen Union, in: Feministische Studien 1, 8-20.
- Schwenken, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme, Bielefeld.
- Tömmel, Ingoborg (2008): Das politische System der EU, München.
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft, Hamburg.
- Wissel, Jens (2007): Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen, Baden-Baden.
- Wissel, Jens (2010): Stichwort: Kräfteverhältnisse, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7 II, herausgegeben von Haug, Wolfgang Fritz et al., Sp. 1941-1955.
- Wissel, Jens (2011): Staatsprojekt Europa. Zur Rekonfiguration politischer Herrschaft, in: Eurostudia. Transatlantische Zeitschrift für Europaforschung 7, 1-2, 133-154.

Wissen, Markus (2008): Internationalisierung, Naturverhältnisse und Politics of Scale. Zu den räumlichen Dimensionen der Transformation des Staates, in: Wissel, Jens / Wöhl, Stefanie (Hg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik, Münster.

Wolff, Sebastian (2010): Die Transnationalisierung des Staates. Interiorisierte Transformation und die (Un-)Möglichkeit staatlicher Regulation. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

Wolff, Sebastian (2012): Erkundung des Terrains. Zur räumlichen Dimension der Krise Europas, in: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster, 141-162.

Young, Brigitte / Schubert, Helene (2010): The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender, Garnet Policy Brief, 10.

Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster.

**Rosa Luxemburg Stiftung
Büro Brüssel**

11, ave. Michel-Ange

1000 Brüssel - Belgien

Tel. +32 2738 7660, Fax: +32 2738 7669

info@rosalux-europa.info

www.rosalux-europa.info